Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7600**

18. Wahlperiode 19.02.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Valerie Wilms, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/6045 –

UN-Nachhaltigkeitsziel 1 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Armut in jeder Form und überall beenden

A. Problem

Die antragstellende Fraktion kritisiert, dass sich in den letzten Jahren eine Verfestigung der Armut in Deutschland auf hohem Niveau abzeichne. Insbesondere die Kinder- und Jugendarmut sei skandalös hoch.

Damit komme die Bundesregierung auch ihrer Verpflichtung im internationalen Rahmen (UN-Nachhaltigkeitsziele, EU-2020-Prozess) nicht nach, die Armut in Deutschland zu reduzieren und trage durch ihre inkohärente Politik Mitverantwortung für die globale Armut.

B. Lösung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert zur Armutsbekämpfung u. a., die Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Rahmen des SGB II und SGB III anzuheben. Das Kindergeld solle in eine Kindersicherung überführt werden. Eine Garantierente für langjährig Versicherte solle dazu beitragen, Altersarmut zu vermeiden. Ferner solle sich die Bundesregierung zur Reduzierung der weltweiten Armut für die Umsetzung der EU-Kohärenzstrategie einsetzen, um besonders die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Handel, Sicherheit, Energie und Rohstoffe entwicklungsfreundlich auszurichten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6045 abzulehnen.

Berlin, den 17. Februar 2016

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese	**Dr. Matthias Zimmer**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Matthias Zimmer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/6045** ist in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 2015 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion begründet ihren Antrag u. a. damit, dass eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz global nur dann erreicht werden könnten, wenn alle damit in ihrem Land anfingen. Deutschland sei von Nachhaltigkeit weit entfernt und habe zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung.

Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung brauche. Zudem müsse die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/6045 in seiner Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6045 in seiner Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/6045 in seiner Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/6045 in seiner 63. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte den Antrag als Wunschliste. Er enthalte Wohlbekanntes. Einige Forderungen seien sogar inzwischen bereits umgesetzt worden. Allerdings fehle dieser Wunschliste in Sachen Nachhaltigkeit ein wichtiger Aspekt: Die haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben der Nachhaltigkeit müssten ebenfalls eingehalten werden. Das sei bei Erfüllung der im Antrag genannten Forderungen kaum möglich. Überdies wiederhole der Antrag die oft gehörte Nachricht von zunehmender Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Dies sei zu hinterfragen. Nach der ODA-Quote der OECD sei diese Tendenz bereits wieder rückläufig. Insgesamt

stagniere die Verteilungsquote für Deutschland. Der derzeitige Flüchtlingsstrom werde allerdings in Zukunft voraussichtlich nicht ohne Auswirkungen auf die Armutsquote bleiben.

Die **Fraktion der SPD** lobte viele der genannten Ziele als erstrebenswert, für die auch die SPD eintrete. Die Frage sei aber, mit welchen Schritten man diese Ziele erreichen wolle. Deutschland habe mit seiner Politik einen der vorderen Plätze im Vergleich der OECD-Staaten erreicht. Dennoch müsse man bei den sozialen Zielen noch mehr erreichen. Die Koalition arbeite daran und habe z. B. mit dem Asylpaket 1 bereits Verbesserungen bei der Integration von Flüchtlingen eingeleitet. Zu den UN-Nachhaltigkeitszielen gehöre auch der inklusive Arbeitsmarkt. In diesem Sinne wolle die Koalition möglichst noch in diesem Jahr ein Bundesteilhabegesetz verabschieden, das Menschen mit Behinderung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen solle.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, dass derzeit die 62 reichsten Menschen global über genauso viel Besitz verfügten wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Damit besitze rund ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens. Auch in Deutschland gehe die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, sogar stärker als in anderen europäischen Staaten. 12,5 Mio. Menschen in Deutschland seien arm, mehr als eine Million Menschen bezögen Hartz-IV bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit. Es fehle an Gegenmaßnahmen. Der G7-Gipfel im vergangenen Jahr habe erneut gezeigt, dass trotz wohlklingender und insofern positiv zu wertender Absichtserklärungen die großen westlichen Industriestaaten nicht ernsthaft zur Armutsbekämpfung bereit seien. Bis heute seien zudem die sozialen Menschenrechte nicht im Grundgesetz festgeschrieben worden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** übte ebenfalls Kritik an der wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele gälten nicht nur für Entwicklungsländern, sondern sie müssten auch in Deutschland umgesetzt werden. Darunter seien auch viele soziale Ziele. Für deren Umsetzung fehlten bisher überzeugende Ansätze. So sei für ein dauerhaftes inklusives Wirtschaftswachstum ein inklusiver Arbeitsmarkt nötig. Dafür fehle bisher eine Weichenstellung. Beim dem wichtigen Ziel, soziale Ungleichheit in den Staaten zu verringern, gehe die Entwicklung in Deutschland sogar in die entgegengesetzte Richtung. Als Gegenmaßnahme sei beispielsweise eine stärkere Besteuerung von Vermögen notwendig. Auch dazu fehle aber jeder Ansatz.

Berlin, den am 17. Februar 2016

Dr. Matthias Zimmer
Berichterstatter



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333